

Pressespiegel

zum „Deutsch-Spanischen Forum 2011“

21.04.2011



Bieger PR



Inhaltsverzeichnis

Deutsch-Spanisches Forum 2011

Datum	Titel	Quelle	Seite
09.04.2011	Portugal braucht Finanzhilfe von 80 Milliarden Euro	Frankfurter Allgemeine Zeitung	1
09.04.2011	Steinbrück rechnet mit Umschuldung	Die Welt	2
12.04.2011	Deutsche wollen in Spanien für das Sparen werben	arena-info.com	3

Portugal braucht Finanzhilfe von 80 Milliarden Euro

Die Euro-Gruppe fordert für die Hilfen ein umfangreiches Reformprogramm aus Privatisierung und zusätzlichen Einsparungen. Die ersten Kredite könnten im Juni ausgezahlt werden.

wmu. GÖDÖLLÖ, 8. April. Portugal benötigt in den kommenden drei Jahren internationale Finanzhilfe von etwa 80 Milliarden Euro. Diesen Betrag hat EU-Währungskommissar Olli Rehn nach einem Treffen der EU-Finanzminister am Freitag im ungarischen Gödöllö genannt. Im Gegenzug soll Portugal ein umfangreiches Reformprogramm auferlegt werden. Nach den Worten des Chefs der Euro-Gruppe, Luxemburgs Premierminister Jean-Claude Juncker, muss es über das Programm hinausgehen, das die mittlerweile gestürzte sozialistische Minderheitsregierung vor vier Wochen in Brüssel vorgelegt hatte. Notwendig sei auch ein umfangreiches Privatisierungsprogramm. Ohne dieses würde der Finanzbedarf noch höher ausfallen. Hinzukommen müssten weitere Haushaltskürzungen, Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Potentialwachstums und Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzsektors. Rehn nannte es wahrscheinlich, dass ein Teil des Hilfspakets speziell zur Unterstützung der portugiesi-

schen Banken vorgesehen wird. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean-Claude Trichet, wies Berichte zurück, die EZB habe Portugal zum Hilfsantrag gedrängt.

Die Kredite sollen zu zwei Dritteln aus europäischen Hilfsfonds, dem vom EU-Haushalt abgesicherten EFSM und der von Garantien der Euro-Staaten getragenen Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSSF) kommen, ein Drittel soll der Internationale Währungsfonds (IWF) beitragen. Eine Delegation aus IWF, EU-Kommission und EZB soll unverzüglich Gespräche mit der portugiesischen Seite aufnehmen, den genauen Finanzbedarf ermitteln und die Details des Programms aushandeln. Das Gesamtpaket soll bis Mitte Mai feststehen, damit ihn die Euro-Gruppe auf ihrem nächsten regulären Treffen am 16. Mai beschließen kann. Nach Angaben des EFSF-Chefs Klaus Regling braucht der Krisenfonds etwa zehn Tage, um die nötigen Mittel am Markt aufzunehmen. Rehn sagte, der portugiesische Staat habe erst wie-

der im Juni Refinanzierungsbedarf. Die Hilfskredite müssten nicht früher fließen. Bilaterale Überbrückungskredite einzelner Euro-Staaten, über die kurzfristig spekuliert worden war, sind nicht mehr in der Diskussion. Regling sagte, er sehe für Spanien keinerlei Ansteckungsgefahren.

Die Parlamentswahl in Portugal ist notwendig geworden, weil die sozialistische Regierung ihr erstes Reformprogramm im Parlament nicht durchsetzen konnte und gestürzt wurde. Rehn forderte vor diesem Hintergrund, dass das Gesamtpaket von allen politischen Kräften in Portugal gleichermaßen unterstützt werden müsse. Die Parteien, die nach der Wahl am 5. Juni die Regierung stellten, müssten sich strikt an das Programm binden. Die Euro-Gruppe strebt deshalb ein verbindliches Abkommen mit allen portugiesischen Parteien an. Wenn es nicht zustande kommt, soll im Juni keine Hilfe gewährt werden.

Banker dringt auf Umschuldung

Der Antrag Portugals auf Hilfe aus dem Krisenfonds war auch Thema auf dem 6. Deutsch-Spanischen Forum in Berlin. Dort drängte Jürgen Fitschen, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, langfristig auf eine Umschuldung der Länder, die auf Finanzhilfen angewiesen seien, um deren Gläubiger in die Haftung zu nehmen. Dass Umschuldungen derzeit allerdings kaum möglich seien, führte der Banker auf die noch immer angespannte Lage der europäischen und auch der deutschen Banken zurück, die den Wertverlusten womöglich

nicht standhielten. Er warnte auch davor, die Ergebnisse der bevorstehenden Stresstests der europäischen Banken zu hoch zu bewerten. Sie würden kein genaues Bild der Realität abgeben, weil die Bewertung bestimmter Aktiva wie etwa die der Staatsanleihen so mancher europäischer Länder zu riskant sei und die Banken deshalb bewusst auf Abschreibungen verzichteten.

Indes lehnten die beiden anwesenden Mitglieder des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Gertrude Tumpel-Gugerell und José Manuel

González Páramo, Umschuldungen für Portugal, Irland und Griechenland vehement ab. Dies sei die schlechteste Lösung, weil das die Länder davon entbinden würde, sich für ein Konsolidierungsprogramm wirklich anzustrengen, sagt Tumpel-Gugerell. „Außerdem sind diese Länder dann für mindestens zehn Jahre nicht kapitalmarktfähig.“ Anders als in Portugal bewertete sie die Konsolidierungsbemühungen Spaniens als teilweise erfolgreich, wenn auch noch nicht ausreichend. ink.

Steinbrück rechnet mit Umschuldung

Deutsche und Spanier diskutieren EU-Reformen

JAN DAMS UND ANNETTE PROSINGER

Griechenland und dessen Gläubigern droht nach Ansicht des früheren Bundesfinanzministers Peer Steinbrück (SPD) ein Schuldenschnitt. Angesichts der steigenden Verschuldung werde das Land seine Zinslast nicht mehr finanzieren können, rechnete der SPD-Politiker auf dem Deutsch-Spanischen Forum in Berlin vor. „Es wird an einer Umschuldung kein Weg vorbeigehen.“ Hart ging der ehemalige Minister im schwarz-roten Kabinett von Angela Merkel mit der Bundeskanzlerin ins Gericht. Es sei völlig falsch, dieses Thema in der Öffentlichkeit zu tabuisieren. Außerdem forderte er die Beteiligung von Banken, Fonds und Versicherungen an den Kosten der Euro-Rettung.

Merkel verspricht seit Monaten, dass die privaten Anleger für die Euro-Hilfe zur Kasse gebeten würden – nur eben frühestens nach Mitte 2013. Innerhalb der schwarz-gelben Bundesregierung macht sich allerdings allmählich die Erkenntnis breit, dass Griechenland nicht bis dahin durchhalten wird. Die aktuellen Planungen sehen vor, dass das Land im kommenden Jahr wieder eigene Anleihen am Kapitalmarkt platzieren soll. „Unmöglich“, heißt es seit ein paar Tagen dazu sogar aus Koalitionskreisen. „Griechenland kommt ohne einen Schuldenschnitt auf keinen Fall bis ins Jahr 2013,

wenn der neue Rettungsschirm ESM seine Arbeit aufnimmt.“

Nach Einschätzung des griechischen Regierungsberaters Lucas Papademos dürfte Griechenlands Haushaltsdefizit 2010 noch dazu deutlich höher liegen als bisher angenommen. Das Minus könne die Marke von zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) übersteigen, sagte der Wirtschaftsberater von Ministerpräsident Giorgos Papandreou gestern in Washington. Griechenland war bisher von 9,4 Prozent des BIP ausgegangen. Papademos hält angesichts des größeren Etatlochs zusätzliche Sparmaßnahmen in diesem Jahr für notwendig.

Steinbrück forderte, dass sich Europa besser aufstellen müsse. Nicht der Euro sei das Problem, sondern der Mangel an Entscheidungsstrukturen. Auch in Deutschland fehle es an politischem Mut, den Tatsachen ins Auge zu schauen, sagte der noch immer populäre Politiker, der von manchem in der SPD sogar als künftiger Kanzlerkandidat gehandelt wird.

Steinbrück war nicht der einzige, der bei diesem hochrangigen Treffen, an dem auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle und seine spanische Kollegin Trinidad Jiménez teilnahmen, Wasser in den Wein des Treffens schüttete. Spaniens jetzige Krise resultiere auch aus dem fehlenden politischen Mut, kritisierte Francisco González Rodríguez, Präsident der Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BVA). Jeder habe gewusst, dass die Immobilienblase im Lande eines Tages platzen würde. Westerwelle und seine spanische Kollegin feierten stattdessen die europäische Solidarität. Europa werde gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Deutsche wollen in Spanien für das Sparen werben

MADRID / SPANIEN: Spanien muss weiter sparen, auch wenn die Menschen auf der Straße protestieren. Das Land hat keine andere Möglichkeit sich dem drohenden finanziellen Kollaps zu entziehen. Bundespräsident Christian Wulff und Außenminister Guido Westerwelle haben Spanien zu einer strikten Sparpolitik ermuntert. Spanien könne bei der Überwindung seiner Finanzkrise auf die Solidarität Deutschlands zählen, sagte Wulff bei einem Empfang für König Juan Carlos am Donnerstag in Berlin.

“Zugleich sind wir uns einig, dass Solidarität damit beginnt, sich seiner Verantwortung als Mitgliedstaat zu stellen“, verwies er auf die Sparbeschlüsse der EU zur Stabilisierung des Euro.

Bei einem Treffen des Deutsch-Spanischen Forums in Berlin mit dem König sagte Westerwelle: “Sparen und Haushalten macht nicht beliebt, ist aber notwendig und verantwortungsvolle Politik.“ Wulff empfing die Forumsteilnehmer im Schloss Bellevue. Spanien hat hohe Staatsschulden und leidet unter einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise mit hoher Arbeitslosigkeit. Wegen Zweifeln an der Reformfähigkeit ist das Land oft Ziel von Spekulanten.

Das Deutsch-Spanische Forum dient dem Meinungsaustausch zwischen hochrangigen Entscheidungsträgern beider Länder sowie Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Vertretern der Bürgergesellschaft.